

Haushaltsrede Bündnis 90/ Die Grünen Albstadt, 24.06.2010

Andreas Laib

Die Hoffnung ist des Kaufmanns Tod.

Herr OB,

sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor einiger Zeit ein kurzes Gespräch zum Thema Haushalt, die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben hatte, da antwortete mir meine Gesprächspartnerin mit diesem Satz: Die Hoffnung ist des Kaufmanns Tod!

Ich finde diese Aussage sehr zutreffend, wenn ich an unsere Haushaltsberatung und an die ganzen Vorgespräche denke.

Das wird schon wieder! Wir sind auf einem guten Weg!

Hoffnung als die Grundlage eines Haushaltentwurfs? Oder machen wir uns auf die Suche nach dem Schatz am Ende des Regenbogens?

Der Grund, warum ich so provokativ frage, ist der, dass es keinen Grund für diese Hoffnung gibt, dass sich unsere Haushaltssituation einfach so wieder verbessert. Ohne etwas zu tun, ohne den Mut Entscheidungen zu treffen, ist dieses Thema hoffnungslos.

In der Haushaltseinbringung weisen Sie Herr Gneveckow darauf hin, dass wir ein strukturelles Defizit von 3,9, ich sag mal einfach von 4 Mio. € bei 15 Mio. € Gewerbesteuer einnahmen haben.

Wenn wir von 4 Mio. € strukturellem Defizit reden dann bedeutet das, dass uns 4 Mio. € im Verwaltungshaushalt fehlen. Also in dem Teil des Haushalts, in dem die „normalen“ Haushaltsdinge laufen. Personal, Sachkosten, Unterhaltung, Zuschüsse usw. auch die Zinsen und die ordentliche Tilgung.

Alle sogenannten Investitionen, Neubau und Sanierungen werden im Vermögenshaushalt finanziert. Woher kommt das Geld für den Vermögenshaushalt? Aus der sogenannten Zuführungsrate des Verwaltungshaushalts, aus Zuschüssen und aus neuen Schulden.

Eine Zuführungsrate gibt es aber nur, wenn der Verwaltungshaushalt am Ende einen Überschuss aufweist. Und jetzt sind wir wieder bei unserem strukturellen Defizit von 4 Mio. €. Wenn wir diese 4 Mio. € erreicht haben, dann haben wir immer noch keine Zuführungsrate für den Vermögenshaushalt erwirtschaftet. An dieser Stelle herrscht scheinbar immer noch das Prinzip Hoffnung.

Ist diese Hoffnung gerechtfertigt? Wer ehrlich ist, muss diese Frage mit Nein beantworten. Jeder von uns hier drin weiß es: Wir brauchen 4-5

Mio. € zusätzliche Gewerbesteuereinnahmen, damit wir auch nur 1 Mio. € tatsächlich für uns zur Verfügung haben. Der Rest geht für uns über das komplizierte Umlagensystem verloren.

Der vorliegende Haushaltentwurf kann nur ausgeglichen werden, weil wir 5 Mio. € Kapital aus den ASW entnehmen und 6,9 Mio. € neue Schulden aufnehmen. Das heißt, in diesem Haushalt fehlen 11,9 Mio. €!

Der Maßnahmenkatalog zur Haushaltskonsolidierung beinhaltet, wenn er so verabschiedet wird, an Einsparungen und Einnahmensteigerung rund 4,2 Mio. € und wir können am Ende froh sein, wenn es 4 Mio. € werden. Es könnte also gelingen, mit diesen Maßnahmen in den nächsten 2-3 Jahren das strukturelle Defizit auszugleichen. Aber was ist mit der Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt? Was ist mit Sanierungen und den sogenannten Investitionen?

Es gibt 3 Möglichkeiten:

Wir können auf eine Verbesserung unserer Einnahmen hoffen. Aber wie gesagt, damit wir nur 1 Mio. € zur Verfügung haben, brauchen wir 4-5 Mio. € Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer. Für 2 Mio. € brauchen wir also 9-10 Mio. € mehr, für 3 Mio. € schon fast 15 Mio. € und wer glaubt denn daran, dass wir 30 Mio. Einnahmen bei der Gewerbesteuer erreichen? Das Prinzip Hoffnung ist also keine Lösung.

Die 2. Möglichkeit: Wir können, wie in diesem Jahr, alle sogenannten Investitionen rein über eine Neuverschuldung finanzieren. Ich glaube diese Möglichkeit muss ich nicht weiter kommentieren.

Die 3. Möglichkeit: Nachhaltiges Reduzieren der Ausgaben und wo notwendig und möglich, Steigerung der Einnahmen. Allerdings muss Sparen klar den Vorrang haben.

In unserer Situation in Albstadt muss zuerst einmal im Bereich des Verwaltungshaushalts gespart werden und daraus ergibt sich die Konsequenz, dass wir angesichts einer schrumpfenden Bevölkerungsentwicklung die Strukturen und Angebote anpassen, verändern und an vielen Stellen auch verringern müssen.

Die große Schwierigkeit beim Sparen ist die Frage nach der Gerechtigkeit. Aber was ist gerecht? Das Prinzip Rasenmäher? Eine gleichmäßige Reduzierung der Ausgaben für alle Bereiche? Wäre es gerecht, bei jeder Einrichtung, jedem Verein und jedem Angebot einfach, sagen wir mal 20 % zu streichen? Zumindest hätte es einen Effekt:

Einige Einrichtungen würden sich bei einer Reduktion in dieser Größenordnung einfach erledigen, anderen täte es nicht einmal weh.

Das würde Veränderungen nach dem Zufallsprinzip bedeuten und das kann ja nicht wirklich gewollt sein.

Es bleibt uns also folglich nicht erspart Prioritäten zu setzen. Wir müssen offen und ehrlich diskutieren, welche Aufgaben, Einrichtungen oder Angebote wir der Stadt und den Bürgern unbedingt erhalten wollen, welche wir reduzieren und welche wir eventuell ganz aufgeben müssen.

Der Maßnahmenkatalog sieht viele Einsparungen vor, die wir Grünen angesichts der Haushaltslage grundsätzlich und ausdrücklich mittragen. Es ist der Versuch alle bestehenden Angebote mit Einschränkungen aufrecht zu erhalten und dennoch soviel einzusparen, dass das strukturelle Defizit zunächst ausgeglichen werden kann.

Damit werden klare Prioritäten gesetzt.

Unstrittig war und ist die Bedeutung der Vereine in unserer Stadt. Die vorgeschlagenen 2 mal 5 % sind zurecht eine moderate Kürzung.

Bei den Büchereien sollen 160.000 Euro eingespart werden. Dies wird viele treffen, denn es handelt sich um die meistbesuchte Bildungs- und Kultureinrichtung der ganzen Stadt. Darüber muss man sich bewusst sein.

Die Einsparungen sollen durch Verringerung des Personals und in der Folge durch reduzierte Öffnungszeiten und ein reduziertes Angebot erreicht werden.

Dies tragen wir ausdrücklich mit. Wir sehen jedoch nicht, weshalb diese Reduzierungen ausschließlich zulasten der Zweigstellen in Tailfingen und Onstmettingen gehen sollen und diese in der Folge zu reinen Kinder- und Jugendbibliotheken gemacht werden. In Onstmettingen wird der Büchereibetrieb auch bisher fast ausschließlich von ehrenamtlichen Mitarbeitern bestritten. Vielleicht wäre es ja möglich, auch in Tailfingen ehrenamtliche Unterstützung zu finden, die dazu beitragen könnte, den Büchereibetrieb vergleichbar seiner jetzigen Form beizubehalten.

Auch die Musik- und Kunstschule ist eine Einrichtung von großer Bedeutung für die Bürger unserer Stadt. Seit Generationen bietet sie vielfältige Möglichkeiten Instrumente zu erlernen und sich musikalisch zu entfalten.

Darüber hinaus beteiligen sich Lehrer und Schüler der Musik- und Kunstschule in vielfältiger Art und Weise und auf breiter Basis am kulturellen Leben in der Stadt. Es ist deshalb sehr wichtig diese Einrichtung zu erhalten.

Die Strukturdebatte hat jedoch gezeigt, dass es nicht möglich sein wird, die

Musik- und Kunstschule mit den bisherigen Rahmenbedingungen weiter zu betreiben. Wir können es uns schlicht nicht mehr leisten, jedes Jahr 700.000,- € Abmangel zu tragen.

Für den Bereich der Museen und der Galerie liegt so etwas wie ein Sanierungs- oder besser ein Erhaltungskonzept auf dem Tisch. Es wird nur unter großem Verzicht der Beschäftigten umsetzbar sein und das verdient großen Respekt.

Wir wissen, dass es sich bei der städtischen Galerie um eine Einrichtung von kultureller Bedeutung handelt, die weit über die Stadtgrenzen hinaus strahlt. Auch sind wir uns der Verpflichtung des Groz'schen Erbe bewusst.

Andererseits muss man sehen, dass es sich bei der Galerie um eine Einrichtung handelt, die nur verhältnismäßig wenig Bürger der Stadt selbst regelmäßig nutzen.

In einer Zeit, in der offen darüber nachgedacht werden muss, Bäder und Schulen zu schließen tun wir uns deshalb schwer, den Erhalt der Galerie zu befürworten.

Wir haben große Zweifel, dass das vorliegende Sanierungskonzept den Erhalt der Galerie nachhaltig sichern kann.

Aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahlen wird das strukturelle Defizit in den kommenden Jahren nicht einfach verschwinden, es wird sich weiter erhöhen.

Nach unserer persönlichen Überzeugung wäre es die richtige Entscheidung die Galerie zu schließen und damit für klare Verhältnisse zu sorgen. Es wäre eine ehrliche und auch im Blick auf die Finanzlage die richtige Entscheidung.

Wir sind fest davon überzeugt, dass dieses Thema in 3 bis spätestens 5 Jahren erneut auf dem Tisch sein wird. Das Geld, dass dann in dieser Zeit hier ausgegeben wird, könnte besser in den Büchereien oder der Musikschule investiert werden.

Es wird in den nächsten Jahren notwendig sein die Strukturen unserer Schullandschaft zu überprüfen und auch hier zukunftsweisende Entscheidungen zu treffen. Hier muss unbedingt und in jedem Fall mit größtmöglicher Transparenz vorgegangen werden.

Das Gleiche gilt für die Ortsverwaltungen und die Ortschaftsverfassung. Nicht alles lieb Gewonnene ist noch zeitgemäß und vielleicht ist auch hier die Zeit reif neue Wege zu gehen.

Vielleicht ist es in naher Zukunft auch in ganz anderen Bereichen an der Zeit zusammenzurücken und gemeinsame Wege zu gehen. Man könnte hier schon Visionen entwickeln, sei es für Feuerwehr, Höchststufenorchester und manches andere mehr.

Ich möchte noch kurz auf die geplanten Erhöhungen eingehen.

Angesichts der Situation sind auch die Erhöhungen unumgänglich. Nur kurz einige Anmerkungen.

Wir waren in der Vergangenheit immer und sind noch immer für die Gebührenfreiheit in der Bildungseinrichtung Kindergarten. Allerdings geht es nicht, dass hier weiterhin Bund und Land die Aufgaben mitsamt den Kosten an die Kommunen abgeben. In unserer aktuellen Situation tragen wir daher diesen Vorschlag ausdrücklich mit.

Zu den angedachten Veränderungen, die im Bereich der Parkgebühren kommen sollen, weisen wir ausdrücklich darauf hin, es darf auch etwas mehr sein. In einer modernen Einkaufsstatt mit vielfältigen zentralen Parkmöglichkeiten, darf auch ein Teil der Kosten über die Gebühren gegenfinanziert werden.

Auch die Anhebung der Grundsteuer B tragen wir ausdrücklich mit.

Aber als Zeichen der Ernsthaftigkeit auch bei den

Einnahmenverbesserungen sprechen wir uns aber auch klar für eine moderate Anhebung der Gewerbesteuer aus.

Alles in allem haben wir mit dem Maßnahmenkatalog zum Haushalt einen Einstieg in die Haushaltskonsolidierung geschafft. Aber realistisch gesehen sind wir immer noch erst am Anfang eines Prozesses.

Wir haben auch mit diesen Maßnahmen noch keine vernünftige Zuführungsrate um unsere Sanierungs- und sonstigen Baumaßnahmen zu finanzieren. Auch hier werden wir zukünftig über Standards und über Folgekosten intensiv reden müssen. Wenn wir allerdings die strukturellen Probleme nicht weiter bearbeiten und nachhaltig verbessern, dann können wir uns für unsere Straßen und Plätze nicht mal mehr den Schotter für eine wassergebundene Decke leisten.

Nicht zuletzt auch deshalb unser vorliegender Antrag. Nach den Rückmeldungen aus den Fraktionen und der Verwaltung, mit Zustimmung aber auch teilweise Anpassungsbedarf, beantragen wir, dass der Antrag keine neuen Baugebiete im Außenbereich auszuweißen und zu erschließen in absehbarer Zeit in den entsprechenden Gremien auf die Tagesordnung kommt und diskutiert

wird. Wir brauchen keine neuen Baugebiete und können uns auch keine mehr leisten.

Die eingebrachten Anträge von CDU zum „Schuldendeckel“ und der SPD zur Wiederbesetzungssperre bei Stellen begrüßen wir ausdrücklich und wir werden den Anträgen zustimmen.

Zum Schluss möchten wir uns bei der Kämmerei, stellvertretend bei Herrn Pannewitz, für die Arbeit zum Haushaltsplan bedanken. Ebenso ganz besonders bei unserem Ersten Bürgermeister Axel Pflanz, der sich sehr dafür eingesetzt hat einen genehmigungs- und besonders auch einen zustimmungsfähigen Haushaltsplanentwurf aufzustellen.

Aufgrund der

Danke für Ihre Aufmerksamkeit